

# **Bürger sollen beim Etat ein Wörtchen mitreden**

## **Vorschlag der SPD - Auch CDU und Grüne können sich Beteiligung vorstellen**

q Die SPD hat einen Bürgeretat für Pirmasens ins Spiel gebracht. Das funktioniere beispielsweise in Trier seit einigen Jahren gut, sagte Fraktionschef Norbert Stretz.

Über das Internet sollten sich auch die Pirmasenser bei Haushaltsberatungen beteiligen. Das erhöhe die Akzeptanz von Einsparungen. Der SPD-Vordenker kann sich auch vorstellen, dass die Finanzplanung künftig öffentlich mit Bürgerbeteiligung und nicht mehr hinter verschlossenen Türen stattfindet. Als Beispiel nennt er den geplanten Ausbau der Baumgartenstraße, wo auf Wunsch der Anliegerversammlung auf Bäume verzichtet werde. Dies spare auch Geld. In diesem Jahr sei ein Bürgeretat aber vermutlich nicht mehr zu realisieren. Dass sich die Etataufstellung bei einer Bürgerbeteiligung in die Länge ziehe, erwartet Stretz nicht, weil „keine tausend Vorschläge eingehen“.

Den Entschuldungsfonds, dem die Stadt 2012 beitreten will und die Kasse in den nächsten Jahren um insgesamt 150 Millionen Euro entlasten soll, sieht der Sozialdemokrat als „Tropfen auf den heißen Stein“. Die Schulden stiegen lediglich langsamer, würden dann im Jahre 2026 bei 650 statt bei 780 Millionen Euro liegen. Das sei kein Quantensprung. Die Stadt müsse noch stärker auf die Bremse treten, denn die Einsparungen von jährlich 3,3 Millionen Euro reichten bei weitem nicht aus. Aber auch der Bund sei in der Pflicht und müsse die Kosten für übertragene Aufgaben übernehmen. Das Land bezahle seit einigen Jahren für Aufgaben, die es an die Gemeinden übertragen habe, unterstrich der ehemalige Landtagsabgeordnete.

CDU-Fraktionschefin Brigitte Linse sagte, sie könne sich einen Bürgeretat, den sie aus Freiburg kenne, auch in Pirmasens vorstellen. Geeignet hält sie unter anderem das Internet. Es sei aber nicht immer leicht, die Bürger zu aktivieren. Die Verwaltung sei schon jetzt etwa bei der Stadtgalerie und dem Straßenausbau mit den Bürgern immer wieder im Gespräch. Auch in den städtischen Ausschüssen wirkten Bürger bei etatrelevanten Entscheidungen mit. Eine Beteiligung etwa beim Personal- und Sozialetat hält sie für schwierig.

Die CDU-Politikerin betonte weiter, die Stadt müsse „sparen, wo es geht“. Angesichts von nur etwa 3,5 Prozent freiwilliger Aufgaben sei dies aber nicht

einfach. Pirmasens stehe erst am Anfang der Entschuldungsfonds mit jährlichen Einsparungen von 3,3 Millionen Euro. Falls möglich, würden die Verbindlichkeiten noch weiter zurückgefahren. Die Stadt dürfe sich allerdings auch nicht zu Tode sparen. Bund und Land rief sie auf, die Kosten der aufgebürdeten Leistungen zu übernehmen.

Karl-Josef Klees sagte, ein Bürgeretat sei eine interessante Überlegung. Die Meinungsbildung innerhalb des Wählerblocks sei aber noch nicht abgeschlossen. Entscheidend sei in erster Linie der Nutzen einer solchen Vorgehensweise.

Der Grüne Hermann Schulze kann sich eine Bürgerbeteiligung bei einzelnen Etats vorstellen, wenn sie offen und transparent wie in Trier übers Internet durchgeführt wird. Aber ein goldener Weg sei dies nicht, weil „keine Geldvermehrung stattfindet“. Die finanzpolitische Verantwortung bleibe in den Händen des Stadtrats. Einen ernsthaften Sparwillen erkennt Schulze im Etatentwurf noch nicht. Die Verwaltung versuche bisher lediglich, die Einsparvorgaben des Entschuldungsfonds zu erfüllen. (pio)